



Interview mit Umweltminister  
Sigmar Gabriel

### „Kernkraft und erneuerbare Energien passen nicht zusammen“



**IWR:** Herr Minister, die erneuerbaren Energien (EE) sind in den letzten Jahren deutlich ausgebaut worden, die Zahl der Beschäftigten ist auf 280.000 gestiegen, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesunken. Während der regenerative Stromsektor glänzt, wird der Ausbau des Wärmesektors vorrangig auf den Neubau begrenzt und im Biotreibstoffsektor haben Firmen Probleme. Sind Sie mit der Bilanz zufrieden?

**Gabriel:** Überall im Land werden Solarthermie-Anlagen auf die Dächer geschraubt und Holzpellet-Heizungen installiert, wir stecken rund 400 Millionen Euro pro Jahr in das Marktanzreizprogramm und wollen den Anteil der erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent verdoppeln. Das Erneuerbare Energien-Wärmegesetz, auf das Sie anspielen und das den Einsatz von erneuerbaren Energien im Neubaubereich regelt, ist da ein sehr wichtiger Baustein. Durch das Marktanzreizprogramm fördern wir massiv und erfolgreich Investitionen in Erneuerbare Energien im Gebäudebestand. Und gerade im Wärmebereich ist der Ausbau der Erneuerbaren nicht alles: Die Wärme muss vor allem effizienter genutzt werden, durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und dadurch, dass wir den riesigen Sanierungs- und Modernisierungstau bei der Wärmedämmung von Gebäuden abbauen. Da haben wir mit dem KWK-Modernisierungsgesetz und dem enormen Ausbau der KfW-Programme zur Gebäudesanierung nicht Schritte, sondern geradezu Sprünge

nach vorn gemacht. Insgesamt ist unser Ziel, den fossilen Wärmebedarf bis zum Jahr 2020 um ein Viertel zu verringern. Ich finde, dafür haben wir einen Blitzstart hingelegt.

Was den Biotreibstoffsektor angeht: Der Deutsche Bundestag hat im April das Biokraftstoffquotengesetz beschlossen und damit hat die Branche die notwendige langfristige Planungssicherheit, da wir die Quoten bis hin zum Jahr 2020 gesetzlich festgelegt haben. Das Gesetz wird dazu führen, dass der Anteil der Biokraftstoffe auch weiterhin ansteigen wird. Ein weiteres Ziel ist auch, Konkurrenzen um Anbauflächen für Biosprit und Nahrungsmittel zu vermeiden und den Ausbau der Biokraftstoffe stärker als bisher auf die effektive Minderung der Treibhausgasemissionen auszurichten. Das heißt konkret: Die Biokraftstoffquoten werden ab dem Jahr 2015 von der energetischen Quote auf ihren Netto-Beitrag zur Treibhausgasverminderung umgestellt. Hierbei werden auch die Treibhausgasemissionen berücksichtigt, die bei der Herstellung der Biokraftstoffe entstehen. Dadurch wird vor allem für Biokraftstoffe der zweiten Generation eine klare Perspektive für die Zeit nach dem Jahr 2015 gegeben. Denn diese können Schätzungen zufolge einen höheren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dort liegt die Zukunft der Biotreibstoffe, nicht in der Rapsmühle um die Ecke - oder noch schlimmer: in der Gensoja-Plantage im vormaligen Urwald.

**IWR:** Die Offshore-Windenergie ist eine zentrale Säule beim Ausbau der regenerativen Energien. Mit dem Nahziel, bis 2015 insgesamt 10.000 MW zu errichten, könnte man zu diesem Zeitpunkt auf einen EE-Gesamtbeitrag von rd. 150 Milliarden kWh pro Jahr und damit auf das derzeitige Niveau der Kernkraft kommen. Für wie realistisch halten Sie den Zeitplan?

**Gabriel:** Wenn es schneller geht freuen wir uns natürlich - aber die 10.000 MW Offshore wollen wir bis zum Jahr 2020 erreichen. Und das ist ja auch in etwa die zeitliche Gegend, in der die letzten Kernkraftwerke so langsam ihre letzten Stromkontingente aufbrauchen. Insofern: Passt doch!

Das Entwicklungstempo der Offshore-Windenergie haben wir in den vergangenen Jahren sicher etwas zu optimistisch eingeschätzt, man lernt bei solchen völlig neuen Dingen immer dazu. In diesem Jahr geht es endlich richtig los. Und das längerfristige Ausbauziel von 25.000 MW für 2030 ist aus heutiger Sicht absolut realistisch, wenn ab 2009/10 neben dem Offshore-



Testfeld alpha ventus auch der Einstieg in den Bau der ersten kommerziellen Windparks gelingt.

Dass wir jetzt richtig starten, ist auch die passende Antwort auf die Wirtschaftskrise: Vom Ausbau der Offshore-Windenergie profitiert nicht nur die Windenergie-Branche im engeren Sinne. Das ist gleichzeitig ein Riesenschub für die maritime Wirtschaft, die Küstenstandorte - beeindruckend, was da an Investitionen passiert! - und bundesweit für den Maschinen- und Anlagenbau und nicht zuletzt für eine Fülle von Zulieferern und Dienstleistern. Wir erschließen da ein erhebliches Potenzial für die Bereiche Arbeitsplätze, Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz.

**IWR:** In Großbritannien haben EDF und E.ON in einer Regierungsanhörung "gedroht", bei einem Ausbau der erneuerbaren Energien keine Kernkraftwerke bauen zu wollen. In Deutschland sind die EVU einerseits mit großen Offshore-Windparks dabei, gleichzeitig halten sie sich alle Optionen für den Fall offen, dass der Atomausstieg rückgängig gemacht werden kann. Wie wahrscheinlich ist ein Szenario, dass die AKWs am Ende weiter laufen und die Wind-Offshore-Investitionen der EVU auf Eis gelegt werden?

**Gabriel:** Unter einer Bundesregierung, an der die SPD beteiligt ist, steht der Atomausstieg nicht zur Disposition. Auch in dieser Hinsicht geht es bei der kommenden Bundestagswahl um eine Richtungsentscheidung. Die Forderung der Stromversorger in Großbritannien bestätigt meine These: Kernkraft und erneuerbare Energien passen nicht zusammen. Eine Verlängerung der Laufzeiten würde den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung in Deutschland massiv behindern. Und auch für die geplanten Investitionen in moderne konventionelle Kraftwerke wäre das eine massive Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Es macht schon einen Unterschied, ob die großen, alten Atommeiler als Anbieter und Wettbewerber im Strommarkt bleiben oder nach und nach vom Netz gehen, wie es zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft vertraglich vereinbart ist.

**IWR:** Die Forschungsmittel sind in den letzten Jahren erfreulicherweise gesteigert worden und erreichten 2008 rd. 150 Mio. Euro. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie angesichts der zunehmenden Internationalisierung der EE-Märkte den Forschungsstandort Deutschland zukünftig ausbauen bzw. wettbewerbsfähig halten?

**Gabriel:** Die materielle Basis zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben konnten wir in der Tat in den letzten Jahren erkennbar verbessern. Mit dem Geld werden Forschungs-

vorhaben gefördert, die Fertigungstechnologien und Erneuerbare Energiesysteme weiterentwickeln und so die Nutzung der Erneuerbaren Energien wirtschaftlicher machen, und das natürlich nicht nur in Deutschland. So konnten in der nun schon fast traditionellen Technologie, wie in der Photovoltaik, große Wafer mit Wirkungsgraden um 20 Prozent entwickelt werden. Davon profitieren nicht nur der Produzent und der heimische Markt!

Ganz wichtig erscheint mir aber auch im Blick auf die Exportnation Deutschland die Weiterentwicklung weltmarktfähiger Offshore-Windkraftanlagen. In der Windkraft ist Deutschland Technologieführer, und das wollen wir auch bleiben.

Im letzten Jahr haben wir einen neuen Forschungsschwerpunkt geschaffen, um das Stromversorgungssystem zu optimieren und damit erneuerbare Energien besser zu integrieren. Ziel ist es, ein innovatives, zukunftsfähiges Energiesystem mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien zu schaffen. In diesem Bereich haben wir unter anderem Projekte auf den Weg gebracht, die zeigen sollen, wie Elektrofahrzeuge zur Systemintegration erneuerbarer Energien genutzt werden können.

Mit der Forschungsförderung haben wir in allen Sparten der Erneuerbaren Energie die wissenschaftliche Kompetenz gestärkt. Deutsches Know-how wird in der Nutzung der Erdwärme, der Geothermie, nachgefragt. Hocheffiziente solarthermische Anlagen aus Deutschland sind ein Exportartikel geworden. Die Internationalisierung ist eine Herausforderung und Riesenchance für die Industrie der Erneuerbaren Energie, und ist von ihr engagiert angenommen worden.

**IWR:** Grüne Industrie: Viel wird über Klimaschutz geredet, Ziele werden formuliert, Programme initialisiert und überprüft. Nach einer Industriepolitik mit vergleichbaren politischen Strukturen für die Wachstumsbranche der Regenerativen Energiewirtschaft sucht man vergeblich. Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe hierfür und wie könnte man diese Situation verbessern?

**Gabriel:** Vom EEG bis zu den Gesetzespaketen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung: Wir haben mit der ökologischen Industriepolitik längst angefangen. Auch wenn es aus sozialdemokratischer Sicht gerne noch etwas mehr werden darf. Ökologische Industriepolitik weiterzuentwickeln ist unter meiner Leitung ein Schwerpunktthema des BMU geworden. Allerdings: Gerade die Branchen der erneuerbaren Energien haben doch vergleichswei-



se eher geringen Grund zur Klage. Durch das Konjunkturpaket II gibt es beispielsweise jetzt auch die Möglichkeit von Staatsbürgschaften für große EE-Projekte, zum Beispiel Offshore-Windparks. Das dürfte angesichts der aktuellen Nervositäten bei Bankfinanzierungen eine entscheidende Hilfe sein. Dies nur zum Beispiel.

**IWR:** Weltweit steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter rasant an und liegen mit über 30 Mrd. Tonnen pro Jahr auf Rekordniveau, in Deutschland sind sie gefallen. Was oder welches Ereignis müsste Ihrer Einschätzung nach eintreten, damit der globale Ausstoß messbar stabilisiert werden kann oder gar zurück geht?

**Gabriel:** Es läuft alles darauf hinaus, dass sich die Weltgemeinschaft im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen auf ein neues internationales Klimaschutzabkommen in der Nachfolge des Kioto-Protokolls verständigen muss. Wir brauchen ein Abkommen, das wirksam sein und den Klimawandel auch tatsächlich begrenzen muss und das gleichzeitig von allen Staaten als fair akzeptiert wird. Dies ist die doppelte Aufgabe, die wir bis Dezember lösen müssen. Einfach wird das nicht.

**IWR:** In Deutschland prallen Befürworter und Gegner des Emissionshandels und des EEG aufeinander. Jeder fordert die Abschaffung des jeweils anderen Instruments. Wie ist Ihre Position?

**Gabriel:** Die Frontstellung von Emissionshandel und EEG ist erstens akademisch, zweitens falsch und wird drittens gerne von denen vorgetragen, die eigentlich beides nicht wollen. Den Emissionshandel brauchen wir, um international und auch auf EU-Ebene buchstäblich handlungsfähig zu sein. Die Belastung der Atmosphäre wird zum Kostenfaktor, denn Treibhausgase bekommen damit ein Preisetikett. Das EEG wirkt auf völlig anderer Ebene: Es ist ein unglaublich wirksames Instrument, das uns den Boom der Erneuerbaren zu bemerkenswert niedrigen Preisen bringt. Es sorgt dafür, dass unter dem Dach der globalen CO<sub>2</sub>-Beschränkung, das der Emissionshandel bietet, auch vernünftige, zukunftsweisende Dinge passieren. Das ist nicht nur unsere Erfahrung, sondern diese Erfahrung machen praktisch alle Staaten, die ihre eigenen EEG-Varianten entwickelt und in Kraft gesetzt haben.

**IWR:** Es wird viel über die CO<sub>2</sub>-Speicherung diskutiert. CO<sub>2</sub> ist in höheren Konzentrationen giftig. Bekommen wir nicht nach der Atommüll-Endlager-Debatte eine solche über Kohlendioxid? Die Einlagerung führt doch nur dazu, dass die

Wirkungsgrade der Kraftwerke sinken, mehr fossile Energieträger eingesetzt werden müssen, der Strom teurer wird und letztendlich das CO<sub>2</sub> ja nicht wirklich weg ist. Verschiebt man so nicht wie beim Atommüll das Problem auf spätere Generationen?

**Gabriel:** Wir stehen erst am Anfang der Erprobung dieser Technik. Zunächst geht es darum, zu untersuchen, ob CCS im industriellen Maßstab überhaupt funktioniert. Erst im Jahr 2015 werden wir die Erfahrungen mit den Demonstrationsvorhaben aus dem In- und Ausland auswerten können. Dann wird geklärt, inwieweit die im CCS-Gesetz festgelegten hohen Sicherheits- und Umweltstandards nachgewiesen werden können und ob CCS technisch und wirtschaftlich ein gangbarer Weg ist. Ich bin dafür, das in jeder Hinsicht offen zu diskutieren.

**IWR:** Elektromobilität ist der neue Hype. Deutschland setzt in einer konzertierten Aktion mit vielen hundert Millionen Euros auf Elektroautos und Speichersysteme. Zusammen mit der Abwrackprämie gewinnen viele Menschen zunehmend den Gesamteindruck, dass der Autoindustrie das Geld hinterhergeworfen wird. Erst, um den Absatz anzukurbeln und dann um eine bestimmte Technik zu entwickeln. Wäre es da nicht sinnvoller, eine gestaffelte „Innovationsprämie“ als Anreiz für Neuwagen zu zahlen, die ansteigt, je weniger Sprit ein PKW tatsächlich verbraucht und auf die technische Innovationskraft der Industrie zu setzen?

**Gabriel:** Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselindustrie in Deutschland mit hunderttausenden Beschäftigten. Ich kann nicht erkennen, was falsch daran sein könnte, diese Industrie erstens am Leben zu halten und ihr zweitens auf die Spur zur Nachhaltigkeit zu helfen. Denn erneuerbare Energien und Elektromobilität passen ganz hervorragend zusammen: Mit erneuerbar erzeugtem Strom wird ein Elektroauto zum echten Nullemissionsfahrzeug, und die Batterien geparkter Elektrofahrzeuge können perspektivisch in das Stromnetz eingebunden werden und so als Pufferspeicher für die schwankenden Energieeinträge aus Windkraftanlagen und Solarkraftwerken dienen. Die Elektromobilität wurde daher aus gutem Grund in Verbindung mit erneuerbaren Energiequellen im Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung verankert.